

Gelebte Parteien-Mitgliedschaft – DIE LINKE als kollektiver Akteur

– Zusammenfassung –

I) Ziel und Vorgehen

Die vorliegende empirische Studie untersucht die politischen Praxen des Parteienlebens an der Basis und damit korrespondierende Alltagsorientierungen der Mitglieder. Damit soll das Wissen über die Mitgliedschaft der LINKEN und die Arbeit der Partei auf der Ebene ihrer Basiseinheiten vertieft werden.

Im Mittelpunkt stehen die folgenden Themenkomplexe:

- Handlungsbedingungen für die politische Arbeit vor Ort: Finanzen, Personalressourcen, Altersstruktur, regionale Spezifika.
- Perspektiven der Mitglieder auf politische Arbeit: Politik- und Partei(en)verständnis, Vorstellungen von (partei-)politischer Arbeit, Motivationen der Mitglieder, subjektive Bedeutung der Parteimitgliedschaft.
- Praxis der Parteiarbeit und des Parteilebens an der Basis: Organisationsweise, Wirkungskreis, Probleme und Potenziale.

Zentrale empirische Grundlage sind Gruppendiskussionen gemeinsam aktiver Mitglieder in 33 bundesweit verteilten Basiseinheiten der Partei: Orts-, Stadt- und Kreisverbände, Stadtteilverbände und Basisorganisationen, lokale Arbeitsgemeinschaften, Netzwerke, Jugend. Sie stellten ihre politische Praxis und Positionen dar und reflektierten darüber. Vorgängig wurden qualitative Einzelinterviews mit (ehemaligen) LandesgeschäftsführerInnen in 15 Bundesländern sowie mit fünf VertreterInnen der Bundesgeschäftsstelle durchgeführt, um einen systematischen Überblick über Rahmenbedingungen der politischen Arbeit vor Ort und regionale Besonderheiten zu gewinnen.

II) Zentrale Befunde

1. Entwicklung der Parteiarbeit an der Basis seit dem Fusionsprozess

- 1.1 In der Aufbruchphase des Fusionsprozesses 2007 gab es viele spontane Eintritte neuer Mitglieder, die neue Impulse in den Basiseinheiten einbrachten. Nur ein Teil dieser Mitglieder wurde bzw. blieb auch dauerhaft aktiv.
- 1.2 Bis 2011 vollzog sich eine Phase der Konsolidierung personeller und organisatorischer Strukturen, die allerdings ggf. unter finanziellen Limitierungen (s.u.) leiden.
- 1.3 Mit den Wahlerfolgen 2008/9 rückten viele Aktive in die Parlamente ein, was den Basiseinheiten Personalressourcen entzog. Personell schwächer besetzte Einheiten müssen darum kämpfen, politische Aktivitäten zu verstetigen und eine weitere Professionalisierung der politischen Arbeit vor Ort voranzutreiben. Sie bedürfen der Unterstützung.
- 1.4 Nach 2009 ergab sich für neuere Mitglieder zudem ein „Aufstiegsstau“, da Parteiämter wie Mandate besetzt waren. Die fehlende individuelle Entwicklungsperspektive erschwert die Bindung von neuen Mitgliedern.

2 Finanzierung

- 2.1 Im Hinblick auf Beitragshöhe wie -disziplin gibt es eklatante Ost-West-Differenzen, die auf unterschiedlichen Parteiverständnissen gründen. Daraus resultiert bei ostdeutschen Mitgliedern das ungute Gefühl, die westlichen Landesgliederungen zu alimentieren.
- 2.2 Zwischen den Gliederungsebenen kommt es zu Interessenkonflikten bezüglich der Verteilung der Mitgliedsbeiträge - es mangelt bisweilen an strategischer Einsicht.
- 2.3 Für die Basiseinheiten wichtige unterstützende Kraft sind lokal verankerte Bundes- und Landtagsabgeordnete mit ihren Ressourcen (Wahlkreisbüro, ggf. mit Mitarbeiter vor Ort; Einkommen, das zum Teil in die Arbeit vor Ort eingespeist wird).

3 Personalausstattung und Professionalität

- 3.1 Die Personalstrukturen sind für gewöhnlich knapp, so dass latent eine permanente Überlastung der Aktiven, insbesondere der Amts- und MandatsträgerInnen besteht.
- 3.2 Zusätzliche Ressourcen bieten (s.o. „Finanzierung“) insbesondere ParlamentsvertreterInnen. Daraus resultieren auf der anderen Seite der Medaille regionale Disparitäten bezüglich der faktischen Ressourcenausstattung.
- 3.3 Die Zusammenarbeit mit hauptamtlichen ParteimitarbeiterInnen und Parlamentariern stellt auch im inhaltlichen Sinne eine wichtige zusätzliche Ressource dar und wird von der Basis im Allgemeinen gesucht.
- 3.4 Professionals (Abgeordnete, Hauptamtliche) verfügen in aller Regel über Kompetenz- und Informationsvorsprünge, die als dominantes Verhalten der Basis gegenüber gedeutet werden. Konstellationen, in denen – sei es aus dem Mangel an Aktiven – „Multifunktionäre“ die Parteiarbeit dominieren, können jedoch langfristig zu Partizipationshemmnissen führen, die eine Entfremdung zwischen FunktionsträgerInnen und Basis befördern.
- 3.5 Partiiell ergeben sich Diskrepanzen zwischen vor Ort relevanten Themen und Perspektiven und den von den Abgeordneten im Parlament behandelten Inhalten.

4 Einbindung der Mitglieder in die Partei: Flieh- und Bindekräfte

- 4.1 Die Mitglieder an der Basis sind administrativ, parlamentarisch und normativ in die Gesamtpartei eingebunden. Dies wird vermittelt über von der Basis legitimierte Delegierte und Vorstände sowie gewählte MandatsträgerInnen auf allen Ebenen. Die praktische Ausübung von Funktionen, Ämtern oder Mandaten befördern starke Bindekräfte an die Partei; in Bezug auf die Jüngeren kann von sozialisatorischen Effekten in die Partei(arbeit) gesprochen werden.
- 4.2 Zentrifugale Kräfte entwickelt zum einen die *administrative Abkopplung* der FunktionsträgerInnen, die sich spezialisieren und einen Kommunikations- und Wissensvorsprung vor der Basis erwerben. Daraus resultiert häufig eine Konzentration auf die Arbeit der FunktionsträgerInnen, die damit zum primus inter pares werden (Oligarchisierungseffekt).
- 4.3 Zentrifugal wirken zum anderen Prozesse der *parlamentarischen Entfremdung*: MandatsträgerInnen auf allen Ebenen entwickeln im Kontext der parlamentarischen Arbeit unter Umständen von der Basis abweichende Problemsichten. Die Entfremdung von der Basis steigt mit der Beanspruchung eigener Entscheidungs- und Handlungsräume.

- 4.4 Ambivalente Wirkung zeigt u.U. das Phänomen *normativer Abschottung*: innerparteiliche Zusammenschlüsse und Strömungen verbinden Gleichgesinnte, schaffen aber zugleich Raum für innerparteiliche Distinktions- und Deutungskämpfe zwischen innerparteilichen Gruppierungen und Milieus. Sofern deren Umgang wenig solidarisch ist, kann es zu Friktionen der Gesamtpartei kommen.

5 Handlungsbedingungen der Basis

- 5.1 Jenseits der Personal- und Ressourcenausstattung (s.o.) differieren die Ausgangslagen der konkreten Basiseinheiten u.a. nach Gesetzeslage, Bündniskonstellationen und historischen Gegebenheiten; sie konturieren die Realisierungschancen für erfolgreiche politische Arbeit an der Basis.
- 5.2 Nicht zu unterschätzen sind die negativen Trends auf der Bundes- und Landesebene. Sie überblenden die Arbeit vor Ort und sind gelegentlich auch geeignet, Motivation absinken zu lassen - vor allem, wenn sie nicht die Partei insgesamt zu repräsentieren scheinen.
- 5.3 Bezüglich der Zahl der Aktiven bestehen deutliche Ost-West- sowie Stadt-Land-Gefälle: In ländlichen Gebieten Westdeutschlands sind zum Teil nur basale Parteiaktivitäten möglich, im Osten besteht das Problem der Überalterung.
- 5.4 Entsprechend der allgemeinen Teilhabe von Frauen in Parteien ist das Geschlechterverhältnis in Basiseinheiten stark „männerlastig“. Daraus können bestimmte Politikstile resultieren, die eine gendersensible Verteilung erschweren.
- 5.5 Mittelalte und ältere Mitglieder dominieren für gewöhnlich die Basiseinheiten (und verfügen damit über strukturelle Vorteile).
- 5.6 In Relation zu Jüngeren bestehen alltagskulturelle Differenzen, die sich in unterschiedlichen Politikverständnissen und thematische Relevanzen ausdrücken. Das erschwert die Rekrutierung jüngerer Neumitglieder und deren Einbindung in den Parteilalltag vor Ort.
- 5.7 Aufgrund geringer materieller und Personalressourcen kann die aktive Bearbeitung lokal relevanter Themen oft nur unzureichend gelingen. Zentral initiierte Kampagnen, dem Sinne nach als Unterstützung und Aktivierung angelegt, erweisen sich a) als zusätzliche Belastung, und b) oft als zu wenig auf die Gegebenheiten vor Ort anpassbar.
- 5.8 Strömungen:
Über die Parteiarbeit vor Ort hinausweisend, sind Strömungen, Arbeits- oder Interessengemeinschaften innerparteilich wichtige und notwendige Möglichkeiten inhaltlicher Profilierung und des Networking. Sie stellen bisweilen einen handlungspraktischen Zusammenhang her, in anderen Fällen dienen sie eher der normativen Vergewisserung.
- Auf der lokalen bzw. regionalen Ebene sind Strömungen jedoch weniger bedeutsam: Zum einen stehen bei lokalpolitischen Fragen meist pragmatische Antworten im Vordergrund. Zum anderen finden sich in den einzelnen Basiseinheiten auf Dauer meist Mitglieder zusammen, die sich strömungspolitisch ähnlich verorten und/oder die ideologische Positionierungen für die gemeinsame Arbeit vor Ort weitgehend ausblenden. So können zentrifugale Kräfte strömungspolitischer Interessenskonflikte auf der Ebene der Basisebene zumindest teilweise eingehegt werden. Dies kann zur Folge haben, dass solche lokalen Gruppen sich ideologisch schließen.
- 5.9 Im Hinblick auf die Entscheidungsfindung lassen sich unterschiedliche Stile des Debattierens ausmachen. Diese Stile reichen von der Dominanz charismatischer Personen über in Formalismen gegossenen Pragmatismus bis hin zum deliberativen, aushandelnden Modus. Sie haben in

Bezug auf die Effektivität politischer Arbeit je spezifische Wirkungen. Insbesondere die beiden erstgenannten Formen sind geeignet, Konflikte hervorzurufen bzw. Neumitglieder zu verschrecken.

6 Subjektive Bindung an die Partei

6.1 Im Zuge brüchig werdender sozialer Milieus und von Individualisierungsprozessen lockern sich auch Bindungen an politische Parteien, die vielfach als zu nutzende Gelegenheitsstrukturen verstanden werden. Die Partei ist von unterschiedlichen Selbstverständnissen der Mitglieder geprägt: Sie ist Hüterin grundlegender politischer Prinzipien, Ort zur praktischen Umsetzung eigener politischer Forderungen, Zusammenschluss mit Gleichgesinnten oder Basis für ein eigenes kommunalpolitisches Engagement in gefestigten Strukturen.

Die Partei ist im einen Extrem eine auf Dauer angelegte Selbstverständlichkeit und Verpflichtung „um der Sache willen“ oder im anderen Extrem eine Gelegenheitsstruktur (unter mehreren) zur Artikulation eigener politischer Interessen sein.

Daran knüpfen sich auch unterschiedliche Erwartungshaltungen an die Partei und an die eigene politische Partizipation.

6.2 Als zentrale Motivationen für Beitritt und Aktivität in Partei können verschiedene Einstellungen gelten, die Partei a) als Hüterin grundlegender politischer Prinzipien, b) als Ort zur praktischen Umsetzung eigener politischer Forderungen begreifen, c) trotz Aufstiegsstau gewisse Karriereambitionen hegen (Mandat); d) eine starke Gemeinschaftsorientierung aufweist oder e) auf Kommunalpolitisches Engagement in gefestigten Strukturen setzt.

7 Vielfalt des Parteilebens

Die innerparteiliche Varianz der Handlungsbedingungen und Praxisformen an der Basis zeigt sich entlang unterschiedlicher Dimensionen, die nachfolgend tabellarisch zusammengefasst werden:

Sozial-räumlicher Kontext	<ul style="list-style-type: none"> • Raumstruktur: Strukturschwache, ländliche Regionen – Kleinstädte – Mittelzentren und kleinere Großstädte – Metropolen und Metropolregionen • Ökonomische Entwicklung des Raumes: prosperierende vs. prekäre Regionen/Städte • Kulturraum: Religiös geprägte konservative dörfliche oder Kleinstadtkultur – politisch traditionsgebundene Arbeiterstädte -Universitätsstandorte mit bürgerlich-liberaler Zivilgesellschaft und linker Öffentlichkeit
Historie der Partei(-gliederung)	<ul style="list-style-type: none"> • Im Osten: Tradierung PDS durch (geöffnete) Kaderstruktur bei Dominanz früherer SED-GenossInnen; geringe Präsenz WASG; anhaltende Wahlerfolge und routinierte Parlamentsarbeit; Erfahrung in Restrukturierung Partei • Im Westen: Sammelbecken Mosaiklinker von Kaderparteien und SPD-Linken über Gewerkschafter bis hin zu Bewegungsaffinen; Parteierfahrungen vs. Parteienovizen; initiativer Aufbau unter Wahlkampfbedingungen; unterschiedliche Präsenz in Parlamenten
Ressourcen-ausstattung	<ul style="list-style-type: none"> • Generell: divergierende Professionalität, Finanzknappheit • Im Osten durch Parlamentspräsenz und Mitgliederstärke flächendeckend gut; aber häufig beginnende Personalknappheit durch Überalterung • Im Westen partielle finanzielle Alimentierung durch Ostverbände bei teils fehlender bzw. ungesicherter Parlamentspräsenz; wachsende Mitgliedschaft, aber partiell ohne Bereitschaft zum öffentlichen Auftritt (Stigmatisierungsdruck)

Soziale Praxis der Parteiarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Aktivitätslevel: Existenzerhaltung der Basisorganisation – administrative Funktionalität bzgl. Partei und Parlamente – hinreichende kritische Masse an Mitgliedern zur eigenen Themensetzung • Kultur der Entscheidungsfindung: Formalismus – formalisierte Offenheit – Adhocracy • Parteiverständnis: Traditionelle Parteiarbeit als Parlamentspartei vs. Mischstrategien vs. Soziale Bewegung der Linken • Machtbalance: Interne Konkurrenzen – regulative Machtverteilung – Suspendierung von Konkurrenzen
Integration von Basisgliederungen innerhalb der Partei	<ul style="list-style-type: none"> • Reichweite: Selbstbeschränkung auf die lokale bzw. regionale Ebene – Beteiligung an Gremienarbeit und Parteistrukturen auf Landesebene – Delegation Einzelner in Landes- und Bundestagsabgeordneten (jeweils abhängig vom Vorhandensein von Land- oder Bundestagsabgeordneten) • Struktur: Einbindung in Strömungen vs. Einbindung in Parteigremien
Soziale Vernetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Generell: Isolierung – Distinktion – offene Kooperation – Lagermentalität • In lokaler Parteienlandschaft: Isolierung (im Westen) – Außenseiterposition (West) – anerkannte Gleichrangigkeit im Parteienspektrum (West/ Ost) – Regierungsbeteiligung (im Osten) • In Zivilgesellschaft vor Ort: prinzipiell als Partei ausgegrenzt – als LINKE ausgegrenzt – über Einzelpersonen involviert – als politischer Akteur geduldet – als Akteur integriert – als Akteur führend
Wirkung nach außen	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstpräsentation: Auftritt als Kümmererpartei – Interessenverwalter – kämpfende Partei mit ausdifferenzierten Bindungseffekten • Wahlerfolge auf Kommunal- und Landesebene: von außen vor bleibender Splitterpartei über alternierende Parlamentszugehörigkeit bis hin zu permanenter Präsenz in Parlament und öffentlicher Wahrnehmung • Wahlerfolge auf Bundesebene: aktuell fragile Konstitution bei institutionell gesicherter, thematisch unscharfer Wahrnehmung durch Medien/ Wähler; hohe Bedeutung von Einzelpersonen

III) Schlussfolgerungen

Die **Konsolidierung der Partei** bleibt angesichts der zum Teil schwierigen Situation vor Ort (Ost wie West) eine permanente Aufgabe der Partei auf allen Ebenen – vor allem aber auch an der Basis vor Ort. Diese zu stärken, scheint daher ein Weg in eine nachhaltigere Mitgliedschaft (und Wählerschaft) zu sein. Dafür müsste ein Gesamtkonzept entwickelt werden, das die regionalen Besonderheiten auffängt und zugleich ein identifizierbares Ganzes anstrebt. Das beinhaltet u.a. organisationspolitisch eine Klärung über Transfers, Alimentierungen und Solidarität herbeizuführen, bzw. die dazu schon gegangenen Schritte zu systematisieren (content management, Patenschaften) und in ihren Zuschnitten zu hinterfragen.

Die LINKE verfügt über eine **plurale Mitgliedschaft**, die es zu integrieren gilt.

- Sie umfasst unterschiedliche soziale und kulturelle Milieus und eine große Vielfalt an Lebensweisen. Es ist kulturelle Aufgabe der zentralen Parteiebenen, Brücken zu bauen und ein Verständnis für das jeweils Andere zu erleichtern, ohne dass damit Identitätsverluste der Gesamtpartei einhergehen.
- Die politischen Orientierungen und Sozialisationsmuster der Mitglieder divergieren. Die Mitglieder verbindet – bei aller Pluralität der Strömungen – eine gemeinsame kapitalismuskritische Grundhaltung. Diesen Kern gilt es jenseits von Leerformeln zu konkretisieren und als

verbindendes Element herauszustellen sowie als attraktives Alleinstellungsmerkmal gegenüber Nicht-Mitgliedern zu betonen.

- Die Mitglieder bringen vielfältige politische Erfahrungen über gesellschaftliche Krisen und Widersprüche und unterschiedliche gesellschaftspolitische Visionen und Sichtweisen auf das praktisch Mögliche ein. Die LINKE kann diese innerparteiliche Vielfalt (noch) nicht ausreichend produktiv machen. Es fehlt häufig an einer positiven Erzählung über Alternativen, in der sie sich selbst wiederfinden.
- Die Mitglieder haben unterschiedliche Vorstellungen über die eigene politische Arbeit (etwa als Parteisolddaten, Kümmerer, Aktivisten oder Strategen); ihre Erwartungshaltungen an die Partei und ihre Organisations- und Partizipationswünsche variieren. Gebrauchte werden Alle. Unterschiedliche Politik-, Parteien- und Organisationsverständnisse müssen aber vor Ort auf einen Nenner gebracht werden, um gemeinsames produktives Arbeiten zu ermöglichen. Vor Ort können unterschiedliche Mischungsverhältnisse produktiv sein. Die zentralen Ebenen müssen solche Prozesse im Sinne einer relativen Vielfalt moderieren. Das beinhaltet u.U. modularisierte Strategien, die eine hohe Flexibilität im Hinblick auf unterschiedliche Umwelten der Partei (Bundes-, Landesparteien, Kreisverbände) haben.

Die **Organisationsentwicklung der LINKEN** muss zahlreiche Spannungsfelder und Dilemmata adressieren:

- Die Personalressourcen für die Basisarbeit der Partei sind überwiegend extrem knapp; hauptwie ehrenamtlich Aktive sind permanent von Arbeitsüberforderung bedroht. Unterstützung von den höheren Ebenen der Parteigliederung ist bzw. wäre zum Teil erforderlich. Angesichts knapper Ressourcen auch auf diesen Ebenen ist zu fragen, inwieweit eine flächendeckende Absicherung der Parteiarbeit vor Ort gewährleistet werden kann bzw. ob unterstützende Leistungen besser auf regionale Schwerpunkte konzentriert werden sollten. (Dann stellt sich aber die Frage, wer darüber entscheidet und nach welchen Kriterien.)
- Die innerparteilich zentrale Rolle der Strömungen relativiert sich an der Basis. Hier entstehen Spannungen vielmehr durch Wissens- und ggf. Kompetenzgefälle zwischen Basis und Funktionären bzw. Mandatsträgern sowie zwischen Ehrenamt und hauptamtlicher Arbeit und außerdem aufgrund von Divergenzen zwischen Partei und Fraktion (sowohl inhaltlicher Art als auch bezüglich der Frage, wer letztlich Positionen definiert und wer im Lokalparlament entscheidungsbefugt ist).
- Zudem gehen innerhalb der Partei die Sichten auf die LINKE organisationspolitisch auseinander: die relevanten Spannungsfelder der Einen sind nur begrenzt die Spannungsfelder der Anderen. Das erfordert einen gerahmten Prozess, wie die verschiedenen Perspektiven gebündelt werden können, ohne dass Ausgrenzungstendenzen verstärkt werden. Dazu sind etwa übergreifende, gemeinsame Konferenzen etc. jenseits parteiinterner Entscheidungsfindungen und Wahlgänge zu überlegen; andererseits ist die Berücksichtigung der Daseinsberechtigung interessenpolitischer Strömungen als grundsätzlicher Konsens der Partei zu garantieren, um der Bedeutung der Flügel 'für sich' gerecht zu werden.
- Ein besonderes Problemfeld der Organisationsentwicklung ist die Neurekrutierung und Integration jüngerer Mitglieder in die Partei. Hier wäre zu prüfen, inwieweit in Form und Inhalt adäquate eigene Strukturen speziell für Jüngere unterstützt bzw. geschaffen werden können,

in denen Jüngere nicht von vornherein unter die ‚reguläre‘ Parteiarbeit subsumiert werden. Auch gilt es zu prüfen, welche erweiterten Formen der Öffnung der Partei für interessierte Nichtmitglieder praktikabel sind.

- LINKE muss sich mit der innerparteilichen Machtfrage auseinandersetzen in Bezug auf: a) mit Machtgewinn und Machtverlust durch Abwahl oder Verlust von Mandaten oder durch Machtteilung b) der innerparteilichen Deutungs- und Gestaltungsmacht c) dem Verhältnis von horizontalen und vertikalen Machtstrukturen, d) Steuerung von Prozessen und neuen Formen parteiinterner autonomer Gestaltungsräume.
- Im Hinblick auf das Parteienverständnis sollte eine Klärung zum Doppelcharakter der Partei als konventioneller Partei bzw. als soziale Bewegung/ linker Sammlungsbewegung herbeigeführt werden - die den Spagat zwischen diesen Polen aushält. Das betrifft auch das Verhältnis unterschiedlicher Leitbilder für die Ausrichtung der Parteiarbeit. Konkretes Eintreten für Bedürftige und Benachteiligte spricht nicht per se gegen eine Auffassung, die in der Partei eher eine Gelegenheitsstruktur für linke politische Arbeit – auch für Nichtmitglieder - sieht. Im Kontinuum zwischen programmatischen vs. pragmatisch-prozessualen Politikstilen ist schließlich auch der Aspekt gesellschaftlicher Veränderungen über Arbeit im politischen System zu problematisieren, auch wenn das Konfliktpotenzial birgt. Die Balance kann aber kaum vorgegeben werden, sondern muss an der Basis ausgehandelt/ hergestellt werden. Damit ist die Auseinandersetzung zu führen um unterschiedliche Perspektiven auf reformistische Politik vs. fundamentaler Opposition bzw. außerparlamentarischer Mobilisierung. Das steht in engem Bezug zur Aufarbeitung divergierender Bewertungen des Stellenwerts von Sach- und Aufklärungsarbeit, der Eroberung von Machtpositionen in den Parlamenten und der Mobilisierung von Gegenmacht jenseits der Parlamente.

Fazit: Ideologische Pluralität der Kapitalismuskritik, kulturelle Offenheit und organisationspolitische Dynamik

